

Bezugsgebühr:

Wochentl. für Dresden bei täglich
zeitlicher Bezugnahme durch unsere
Posten abends und morgens, an
Samt- und Montagen nur einmal
zu 10 Pf., durch auswärtige Kom-
missionen zu 12 Pf., zu 14 Pf. so Pf.
Bei einzelner Bezeichnung durch die
Post ist der Wert bestimmt, im Kas-
tend mit entsprechendem Schildzeichen.
Rohdruck oder Kettel a. Original-
Mitteilungen nur mit deutlicher
Quellenangabe („Dresden-Rade“)
möglich. Rücksichtliche Honorar-
ansprüche werden unterblieben;
angetroffene Wannenpunkte werden
nicht aufbewahrt.

Telexgramm: Adressen:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Weihnachtsfiguren für Schaukästen

Christbaumschmuck * Ketten * Attrappen
21 Am See Oscar Fischer Am See 21

Anzeigen-Carls.

Zinnausgabe von Rundfunkstationen
bis Sonntags 3 Uhr. Samm- und
Festtag mit Marienfeier 28 von
11 bis 12 Uhr. Die Hauptfeier Marien-
feier um 8 Uhr am 20. Mai. Ein-
führungsgottesdienst der Bischöfe am
25. Mai; die zweite Feier am 26.
Juli zu 10 Pf., als Gedenktag zum
10. Jhd. Der Bismarcktag zum
10. Jhd.; am Heiligabend 12 Uhr.
Am 1. November zum 10. Jhd.
Gedenktag zum 10. Jhd. Hochzeitstag
am 1. November zum 10. Jhd.
Vereinfacht werden am 10. Jhd.
berechnet.

Berndtschen Anzeigentag:
Montag, 1. Nov. 11 und 12. Dec. 2006.

Weihnachts-Ausstellung
praktischer, preiswerter Geschenke
G. Ritter, Möbelfabrik
Marschallstrasse 3, Elberfeld 1.

Carl Tiedemann, Kgl. Hofl., gegr. 1833
empfiehlt in vorzüglicher Qualität
Bohnewachs
für Parfüm, Linoleum und lackierte Fußböden
Vertrieb in den Verkaufsstätten: Porzellanthe 10, Auszubildende 18, Geschäftsräume
12, Stadt Oldenburg, sowie in fast allen anderen Drogen- und Apothekenläden.

Hauszeitschriftshalle:

Marienstr. 38/40.

Meissner Smyrna-Teppich-Fabrik
F. Louis Beilich, Meissen.
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate.
Handarbeit. Prämiert mit goldenen Medaillen.

Praktische Weihnachts-Geschenke! Jäger- und Touristen-Ausrüstungs-Artikel
für Winterjuppen, Knabenjuppen, Havelocks Preisermäßigung. Jos. Flechl aus Tirol, Schlossstr. 23, neben Königl. Schloss.

Mr. 336. Spiegel: Mittelstand. Verhältnisse der Binnenschifffahrt. Stadtrat Dr. Vogel. Verein für innere Mission. Münzamt. Witterung: Wild, trüb. | Sonntag, 4. Dezember 1904.

Der Mittelstand

bildete den Mittelpunkt der vorgebrachten Reichstagssitzungen, bei denen der angeregte, frische und zuversichtliche Ton aus Seiten der Vertreter und Befürworter der berechtigten Forderungen dieser hochbedeutenden Bevölkerungsschicht von deren zunehmendem Einfluss auf die großen politischen Parteien zeigte. Die kleinste Art der grundläufigen radikalen Begriffe der Mittelstandsbewegung ließ dagegen erkennen, wie sehr der Lauf der Ereignisse ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, indem er ihre Hoffnung, die mittleren Schichten unseres Volkes unaufhaltsam zu einem unbedächtlichen Etwas hinabzuführen zu lassen, gründlich zerstörte. Es gab freilich eine Zeit, wo der Mittelstandsgedanke noch so wenig entwirkt war, daß eine Abordnung von Handwerkern im Reichstag des Innern mit dem kurzen Bescheide angelassen werden konnte: „Gehen Sie nach Hause und kommen Sie erst wieder, sobald Sie eine Macht gewonnen sind!“ Anzuhören aber hat der deutsche Mittelstand die Forderungen der Gegenwart begriffen und eingesenkt, daß sich Macht nur auf dem Wege der Organisation erzielen läßt. Es hat schwere, mühsame Kämpfe gekostet, die erste organisatorische Grundlage zu schaffen, die seit genug war, um sicher darauf weiter bauen zu können; Kämpfe, bei denen es im Anfang eine förmliche chinesische Mauer vor mancherlei Vorurteilen auf allen Seiten, nicht zum wenigsten in amtlichen Kreisen, niederrücken mußte. Endlich war aber doch der große Wurf gelungen, die Mittelstandsbewegung trat als neuer beachtlicher Faktor in unser politisches und wirtschaftliches Leben ein und nahm unter der hohen lokalen Förderung durch die führenden nationalen Parteien einen wachsenden Aufschwung. Heute ist der Mittelstand bei uns eine allgemeine anerkannte Macht geworden, die auf dem besten Wege ist, sich den ihr gebührenden vollen und ungehemmten Platz an der Sonne in der öffentlichen Arena zu erobern, und deren fortschreitende Bedeutung nicht zum wenigsten dadurch gekennzeichnet wird, daß selbst diejenige Richtung des Liberalismus, die jüngst den mancherlei Grundzüge vom „freien Spiele der Kräfte“ huldigt, die Förderung nach gleicherlichen Schutzmahnen gegen gewisse, den Mittelstand hauptsächlich schädigende Auswüchse des geschäftlichen Wettkampfs nicht mehr schlichtweg ablehnen will.

Genauso umgrenzt läßt sich der Begriff des Mittelstandes naturgemäß nicht, da man nie mit einem gewissen Spielraume nach oben und unten hin rechnen kann. Neuerdings haben hervorragende Vertreter der Bewegung gesagt, alle Einkommen von 1500 bis zu 8000 Mark dem Mittelstande zurechnen zu dürfen. Es fallen hierunter die verschiedenartigsten Berufsgruppen, neben dem Handwerk, das jedenfalls die führende Rolle spielt, in erster Linie der Landwirt, sodann der mittlere und kleine Kaufmannsstand, der Gewerbetreibende, der Beamte und Privatangestellte in der bezeichneten Abgrenzung ihrer sozialen Stellung. Im weiteren Sinne aber wird man auch noch über die angegebene Höchstgrenze hinaus, ja selbst noch mit einem möglichen Abschlag noch unten hin alle diejenigen Elemente zum Mittelstande reduzieren müssen, in deren Lebenshaltung die charakteristischen Eigentümlichkeiten der mittelständischen Entwicklungsweise in die Erscheinung treten. Die schlichte bürgerliche Einfachheit im Auftreten, die ohne falsche gesellschaftliche Scham gebliebene Bevölkerung der Regel, daß jeder sich nach seiner Stelle strecken muß, das sorgfältige Bestreben, daß in der eigenen Lebensführung sowohl wie in der Erziehung und dem Wandel der Familienmitglieder nirgends die Bande strommer Scheu gelockert werden, endlich die ehrfürchtige Vorliebe für die guten Traditionen der Väter und die dementsprechende rubia selbstbewußte Wertschätzung des eigenen Standes; das sind die hohen Vorzüge, die unserem Mittelstande anhaften, sofern er ist, wie er sein soll. Wer sich von dem radikal-modernen Spott über das „philistrische Biedermeierum“ beeinflussen und anstimmen und dazu verleiten läßt, keine eigene Stellung innerhalb des Mittelstandes über die Achsel anzutunen und danach zu trachten, seine Kinder durchaus „etwas Besseres“ werden zu lassen, der ist innerlich bereits seiner Spur entwachsen und kann nicht mehr als ein überzeugtes, seine Sache förderndes Mitglied des Mittelstandes gelten. Durch die Betätigung der ihm eigenen staatsaufhaltenden Fassungen wird der Mittelstand als einem besonders leichten Bollwerk gegen den Umsturz. Er wirkt wie ein sozialer Regulator nach oben und unten hin, und je breiter und fester seine Schicht in einem Volke ist, desto größer ist auch der Schutz gegen eine zu schroffe Entwicklung der feindseligen Gegenseite zwischen Arm und Reich mit ihren zerstreuenden sozialen Wirkungen. Die Sozialdemokratie aber will gerade solche Wirkungen möglichst begünstigen, weil auf der gewaltfamen Erregung von Unzufriedenheit um jeden Preis ihr politischer Erfolg beruht, und deshalb ist sie ein geschworener Feind aller Wohnhäuser, die auf eine Stärkung des eminent staatserhaltenen Mittelstandes hinauslaufen. Was die Partei des Umsturzes für die mittleren Schichten unseres Volkes übrig hat, ist weiter nichts als ein zum Zwecke des politischen Bauernhanges bereit gehaltenes Bündel von leeren Phrasen, deren inhaltslose Hohl-

heit und heuchlerisches Pathos in der vorgebrachten Reichstags-
sitzung von dem Abgeordneten Roeb-Haiburg in sehr drastischer
Weise unter der stürmischen Heiterkeit des Hauses verspottet
wurde. In der Praxis aber tut die Sozialdemokratie alles,
was nur irgend in ihrer Macht steht, um den Mittelstand zu
schädigen, und zumal die selbständigen Handwerker und kleinen
Gewerbetreibenden wissen von dieser gehörsamen sozialistischen
Wühlarbeit manch trostloses Vieh zu finden. Es ist daher wohl
begreiflich, daß die terroristischen Ausschreitungen der Sozial-
demokratie, unter denen der mit rücksichtsloser Arroganz gehand-
habte wirtschaftliche Vorstoß politisch Andererhand neuerdings
nichts anders als die allgemeine Empörung wachruft, gerade in
Mittelstandskreisen eine ausnehmend starke Abwehr und Ver-
urteilung erfahren. Ein ellentonter, wohl beachtlicher Ausdruck
dieser Stimmung ist die an anderer Stelle mitgeteilte Resolution,
in welcher der Ende August dieses Jahres in Magdeburg ab-
gehaltene Allgemeine Innungs- und Handwerkertag gegen den
Widerrutsch der sozialistischen Freiheit protestiert und die nunmehr
von dem Vorstande des Zentralausschusses der vereinigten
Innungsverbände Deutschlands dem Reichstage und Bundesrat
unterbreitet worden ist.

Die staatliche Gesetzgebung hat ohne Frage bereits viel getan, um den sozialen wohlbegründeten Schuforderungen des Mittelstandes gegen die Übermacht der Großbetriebe zu dienen, und es ist auf keinen Fall gerechtfertigt, wenn in den beteiligten Kreisen hier und da in augenblicklichem Unmut erklärkt wird, der Staat lasse den Mittelstand einfach in der Klemme stecken und rütteln für. Angenommen, daß die Weite zu bringen. Solche Neuerungen, die in momentaner Auftreibung inmittn großer Versammlungen fallen, darf man nicht allzu scharf auf die Goldwage legen. Zeugnen läßt sich dagegen nicht, daß die „Linke der Gesetzgebung“ wohl noch zu verschiedenen Maßen in die Hand genommen werden kann und muß, wenn die gründliche Verteilung gewisser schwer empfundenen Nebenkosten erfolgen soll. Das gilt auch für diejenigen Punkte, die vorgebracht im Reichstage zur Sprache kamen. Es handelt sich dabei um eine Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und drei weitere Forderungen, die von dem Zentrum abgeordneten Gründer und Genossen beantragt wurden. Der Antrag verlangt 1. Bekräftigung der Be-
schwerden des Kleinhandels in einer Erweiterung des Gesetzes
über den unlauteren Wettbewerb; 2. Regelung des Ausver-
kaufsvertrags (Schwindelausverträge); 3. Bekräftigung der Hörten
des Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte; und 4. ein Verbot,
das Beamten und Offiziere die Gründung und den Betrieb
von Warenhäusern untersagt. Die drei ersten Forderungen
wurden mit starker Mehrheit angenommen, nur der vierte Punkt
mit geringerer Mehrheit, weil hier die beiden konservativen
Parteien abwiesen; die Sozialdemokraten stimmten, wie in
solchen Fällen üblich, überall dagegen. Ein besonderer konser-
vativer Antrag über das Ausverkaufsvertrags — Anmeldepflicht und
Bestrafung von Scheinabsverkäufern und des Nachschubes
von Waren — wurde ebenfalls angenommen und eine ähnliche
Resolution nationalliberalen Ursprungs der Regierung als
Material überwiesen.

Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit und Möglichkeit
der Staatshilfe dürfen indessen die ehrlichen und aufrichtigen
Freunde der Mittelstandsbewegung nicht aufheben, ihren Zuhörern und Trägern zuzurufen: „Selbsthilfe ist besser als Staats-
hilfe!“ Die staatliche Unterstützung kann nie und nimmer alles
tun, sobald der Mittelstand in der Lage wäre, die Hände in
den Stock zu legen und sich die gebrochenen Zähne in den
Mund fliegen zu lassen. Die Staatshilfe kann immer nur die
Hölle bilden, in die das Juwel der eigenen Kraftentfaltung ge-
fegt wird, auf der doch schließlich der eigentlich durchdringende
Erfolg beruht. Die Selbsthilfe des Mittelstandes muß sich
namentlich in zwei bedeutenden Richtungen betätigen, einmal
in dem weiteren Ausbau der Organisation, der in der jüngst
in Berlin vollzogenen Gründung der Deutschen Mittelstands-
vereinigung einen neuen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen
hat, und ferner in der fleißigen Benutzung der durch das
Genossenschaftswesen gebotenen Vorteile des Großbetriebes für
den Kleinbetrieb. In dem verständnisvollen Zusammenwirken
von Selbsthilfe und Staatsunterstützung liegt allein das Heil.
So gewonnen und ausgerüstet, wird der deutsche Mittelstand
seine zielbewußte Arbeit zum gezielten Abschluß bringen,
wobei er sich im eigenen Interesse im besten Einver-
nehmen mit den nationalen Parteien halten und gewisse,
die Störung dieses Zusammengangs bedrohende Veränderungen
in seinen eigenen Reihen von der Hand weisen muß. So wird
er langsam, aber sicher von Sieg zu Sieg forschreiten bis
zur Erreichung des Endziels, das in der gesuchten einheit-
lichen Vollendung der Organisation des gesamten Mittelstandes
gipfelt und in dem Wachsen, Blühen und Gedeihen dieses
gewundenen Kernes unseres Volkes die Worte des Dichters be-
wahrheitet:

„Wer frisch umherüpft mit gesunden Sinnen,
Auf Gott vertraut und die gelenke Kraft,
Der reift sich leicht aus jeder Fähr und Not!“

Neueste Drahtmeldungen vom 3. Dezbr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, (Preu. Tel.) Reichstag. Am Samstagabend
Sitzung des Staatssekretärs Dr. v. Stengel, Graf Voigtsdorf und
Dr. Lipp, sowie Kriegsminister v. Einem und später Reichs-
kanzler Graf Waldburg. Auf der Tagessitzung steht die Erne-
uerung des Reichshaushaltsgesetzes für 1905, ins-
besondere das Haushaltsgesetz für 1904 für Südwürttemberg. In Verbin-
dung damit sind jener zur Beratung gestellt die militärischen Vor-
lagen, welche die Friedenskriegerstärke und über die
Fortsetzung der zweijährigen Dienstzeit. — Staats-
sekretär Stengel: Das Etatjahr 1903 schloß zwar
noch mit einem Schuldetrag, der aber in Höhe von nur 60
Millionen Mark eringer war, als der Schuldetrag der Jahr
zuvor. Die eigenen Einnahmen des Reiches überdeckten den
Voranschlag um 1½ Millionen Mark. Unter den Mehrausgaben
aber den Voranschlag und besonders hervorzuheben die vier
Millionen Wiedereinführung an Pensionen und 2½ Millionen
Mark Entschädigung an die Eisenbahnfabrikanten. Die Über-
weitungserlöse ergaben einen Mehrbetrag von 22 Millionen
Mark. Von größtem Interesse sind die Ergebnisse für das
laufende Jahr 1904. Die Reform der Rückerstattung hat sich, wie
aus deren großen Mehreinnahmen erhellt, als der rechte Weg
erwiesen. Bei der Reichspost stehen die Einnahmen des
Voranschlags zwar etwas übersteigen zu wollen, was kann aber
doch wegen der gleichfalls gestiegenen Ausgaben nicht als Mehr-
überschuss ansehen. Bei der Reichsbank erinnern sich imponier-
nde Ausblicke, und zwar die Steigerung der Einnahmen zu er-
warten ist, da der Reiseverlust durch das Aufgeld bei der
letzten Regelung der Anteilsrechnung die geistig vorgezeichnete
Höhe bereits erreicht hat. Den Mehreinnahmen stehen Wieder-
einnahmen gegenüber. Allein der Röllen ist auf ein Minus
von 14 bis 15 Millionen Mark zu rechnen. Bis zum Schluss
des Etatjahrs insgesamt ist nach Abzug der Wiedereinnahmen
von den Mehrausgaben auf ein Plus für das laufende Jahr
in Höhe von 11 Millionen Mark zu rechnen. Was die Aus-
gaben betrifft, so ist das Bedürfnis für weitere Verhaftung von
Betriebsmittel in einer Weise gezeigt, daß von der Beauftragung
zur vorübergehenden Ausgabe von Schatzmeistern bis zur
sichersten Grenze genutzt werden muß; so ist es nicht aus-
geschlossen, daß die geistige Ermächtigung zur Ex-
ploration dieser Grenze wird erweitert werden müssen. Im Ganzen
läßt sich annehmen, daß das laufende Etatjahr für die eigene
Wirtschaft des Reiches ohne Schuldetrag abschließen wird. Von der Stellung von 17 Mill. Mark Matrikularkar-
beitsträgern, die der Reichstag seinerzeit beschlossen hat, werden
die Einzelstaaten freilich keine Freude haben, da eine Ein-
schränkung des Vertrags ist noch notwendig herzustellen wird. Was den neuen Etat betrifft, so versteht es sich von selbst,
daß das Reich mit der Betreibung notwendiger Bedürfnisse
nicht zurückstehen darf; ein Stillstand hierin würde verhängnis-
voll sein. Analoges ergibt sich ein Defizit, das durch An-
leihe zu decken ist, in Höhe von 75 Millionen Mark. Dabei
hat der Bundesrat sich bereits dazu entschlossen, einen Betrag
von 46 Millionen Mark für das Jahr, der nach dem Brachte
auf das Ordinarium gehört, auf das Extraordinarium zu ver-
teilen, allerdings nur ausnahmsweise. Gedacht das nicht, so würde
der Schuldetrag sich sogar um 121 Millionen Mark be-
ausweiten. Der Etat muß eine Mahnung sein, mit der Kontrahenten
gehen wie bisher. Die Steigerung der Einnahmen wird
die Sicherung dieser Grenze und die Ermächtigung zur Ex-
ploration dieser Grenze wird erweitert werden müssen. Im Jahr
1910 zu rechnen. Die neuen Militärvorstellungen
finden noch gar nicht in Betracht gezogen. Die zusätz-
lichen von Reichsbeamten kann nur in Ausnahmefällen zu-
lässig sein. Aber noch bedenklicher ist es, daß der Ausgaben
nicht zurückstehen darf; ein Stillstand hierin würde verhängnis-
voll sein. Der Etat muß eine Mahnung sein, mit der Kontrahenten
gehen wie bisher. Bei der Wirtschaft kann
es sich besser richten. Ob bei den kleinen Sparten die Wirt-
schaft sei, darüber freilich können die Ansichten auseinander-
gehen. Der vorliegende Etat ist jedenfalls mit der größten
Sicherheit ausgestattet. Überhaupt habe ich den Eindruck, daß
die Regierung dem Parlamente ein Sparparlament nicht nahe-
steht. Große Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses. In der Regie-
lung kommt neben der Sparparlament in den Ausgaben, noch eine etwaige
Steigerung der Einnahmen. Die für die Zukunft zu erwarten-
den höheren Schuldeträger sind nicht zu überrechnen, doch ist ein
großer Teil dieser Mehrverträge ja schon für die Witwen- und
Waisenversicherung festgelegt. Offiziell wird es damit nicht
gehen, wie mit dem Auslandswert, indem die betreffenden
Gelder offiziell doch für andere Zwecke Verwendung fin-
den. (Heiterkeit!) Auf jeden Fall müssen jetzt endlich ohne
Zögern Maßnahmen zur Sanierung unserer Finanzen getroffen
werden. Ich bekomme in vollem Einstimmung mit der Gelassenheit der
verbündeten Regierungen, daß gegenwärtig eine solche Sanierung
nicht länger verlost werden kann, das vielmehr die Würde
des Reiches eine nachhaltige Verbesserung unserer finanziellen Ver-
hältnisse fordert. Wir kennen da, so ich sieht der Staatssekretär,
keine anderen Rücksichten, als die schonende Rücknahme aus
der wirtschaftlichen Schwäche. (Heiterkeit!) Nach den Sozial-
demokraten — Kriegsminister v. Einem stellt fest, daß die
gegenwärtige Militärvorlage nicht einmal so viel fordert,
als er im Februar d. J. in Aussicht gestellt habe. Der innere
Wert der Armeen müsse verbessert, die Schwächen und Lücken
der Organisation beseitigt, die Organisation selbst ausgebaut
werden. Man werde vorsichtig sein müssen, etwa jetzt schon
folgerungen aus den Ereignungen des russisch-japanischen
Krieges zu ziehen; eins aber erscheine darnach doch sicher
zu sein, nämlich daß diejenige Armee, die mit festgelegten